

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (21. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Eckhardt Barthel (Berlin), Ernst Bahr (Neuruppin), Hans-Werner Bertl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Antje Vollmer, Grietje Bettin, Katrin Dagmar Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 15/48 -

Den Deutschen Musikrat stärken

A. Problem

Der Deutsche Musikrat als Spitzenorganisation der Bundesmusikverbände ist wegen Überschuldung und drohender Zahlungsunfähigkeit in seiner Existenz gefährdet.

B. Lösung

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, alle Bemühungen zur Weiterführung der Projekte des Deutschen Musikrates und zur Schaffung neuer Strukturen als Voraussetzung für weitere Zuwendungen zu unterstützen.

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 15/48 anzunehmen.

Berlin, den 20. Dezember 2002

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Monika Griefahn
Vorsitzende und Berichterstatterin

Erika Steinbach
Berichterstatterin

Dr. Antje Vollmer
Berichterstatterin

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Monika Griefahn, Erika Steinbach, Dr. Antje Vollmer und Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

I. Beratungsverlauf

1. Überweisungen

Der Antrag auf Drucksache 15/48 ist in der 10. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. November 2002 an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

2. Beratungsverlauf im Ausschuss für Kultur und Medien

Der federführende **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 15/48 in seiner 3. Sitzung am 18. Dezember 2002 abschließend beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU angenommen.

3. Voten mitberatender Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner Sitzung am 18. Dezember 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP die Annahme des Antrags auf Drucksache 15/48 empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 18. Dezember 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 15/48 unter der Voraussetzung zuzustimmen, dass keine Doppelfinanzierung stattfindet und ein Bericht über den Sachstand vor der abschließenden Neuorganisation des Deutschen Musikrates vorgelegt wird.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/48 wird die Bundesregierung aufgefordert, alle Bemühungen zur Weiterführung der Projekte des Deutschen Musikrates und zur Schaffung neuer Strukturen als Voraussetzung für weitere Zuwendungen zu unterstützen.

III. Ausschussberatungen

Die **Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien** erklärte, dass die BKM-Mittel freigegeben worden seien, damit die Projekte des Deutschen Musikrates gezielt Förderung erhalten könnten. Mit Blick auf die längst fällige Reform gehe es darum, die organisatorischen Mängel zu beheben, ohne die Projekte zu gefährden. Die Vorschläge des Insolvenzverwalters enthielten dazu gute Ansätze, auf denen man aufbauen könne.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, dass die Weiterführung der Projekte zwar erreicht worden sei, dass es die erforderlichen neuen Strukturen aber noch nicht gebe. Insofern sei der Antrag auch weiterhin gültig. Es seien noch zahlreiche Fragen offen, zumal der Insolvenzverwalter davon ausgehe, dass die Projekte, die bisher durch das Auswärtige Amt über die Kulturstiftung der Länder gefördert worden seien, so nicht weiterlaufen könnten. Es sei wichtig, sich auf parlamentarischer Ebene weiter mit der Frage zu befassen, um die notwendige Schaffung neuer Strukturen zu erreichen. Auch wenn es inzwischen einen neuen Geschäftsführer gebe, sei hier noch viel zu tun.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass sich die Intention des Antrags erledigt habe, da die Bundesregierung bereits in diesem Sinne tätig geworden sei. Die Fraktion der CDU/CSU werde sich daher bei der Abstimmung enthalten. Mittlerweile sei deutlich geworden, dass die Geschäftsführung des Deutschen Musikrates in den vergangenen Jahren oft leichtfertig gehandelt habe. Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Organisationen und Vereine, die im Deutschen Musikrat zusammengeschlossen seien, müsse alles zur Unterstützung seiner konstruktiven Arbeit getan werden. Mit dem neu eingesetzten Geschäftsführer gebe es zur Veränderung der Strukturen bereits gute Ansätze.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte zur Situation des Deutschen Musikrates aus, dass es sich hier um eine „maßvolle Katastrophe“ handle. Es gebe offensichtlich eine gewisse Gesetzmäßigkeit, dass Reformdruck immer nur durch solche Zuspitzungen entstehe. Es sei gut, dass dies nicht zu Lasten der im Deutschen Musikrat aktiven Gruppen gehe, da die Weiterführung der Projekte gesichert sei. Der entstandene Druck dürfe aber nicht vermindert werden, da nur so die Schaffung neuer Strukturen möglich sei.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, dass sie dem Antrag zustimme. Eine Reform, die zu einer Stärkung und Wiederbelebung des Deutschen Musikrates führe, sei dringend notwendig. Angesichts der Übereinstimmung in der Sache sei es bedauerlich, dass die Koa-

litionsfraktionen auf die Bereitschaft der Fraktion der FDP zu einem gemeinsamen Antrag nicht eingegangen seien. Grundsätzlich sollten die Kulturpolitiker bei solchen Themen zusammenstehen, um die Anliegen gemeinsam zu vertreten.

Berlin, den 20. Dezember 2002

Monika Griefahn
Berichterstatterin

Erika Steinbach
Berichterstatterin

Dr. Antje Vollmer
Berichterstatterin

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Berichterstatter